

Thomas Minder attackiert Gerold Bührer

11. November 2012

Nach der Abzocker- die Schiss-Debatte



«Bührer hat ein charakterliches Problem»: Ständerat Thomas Minder.



«Ein direktes Aufeinandertreffen ist ausgeschlossen»: Economiesuisse-Präsident Gerold Bührer.

Gerold Bührer habe «Schiss» vor seiner Abzocker-Initiative, sagt Thomas Minder. Deshalb sei er als Economiesuisse-Präsident zurückgetreten.

Seit Monaten verfolgt Thomas Minder (51) beharrlich ein Ziel: Der Vater der Abzocker-Initiative will sich mit seinem grössten Kritiker und Gegner duellieren – Gerold Bührer (64), bis zum 1. Oktober Präsident von Economiesuisse. Doch Minder stösst auf Granit. Obwohl Bührer die massgebliche Kraft hinter dem indirekten

Gegenvorschlag ist, lehnt er ein Gipfeltreffen kategorisch ab. Für den Schaffhauser Ständerat, der mit seinem Volksbegehren die Aktionärsrechte stärken will, ein Affront: «Geri Bührer hat ein charakterliches Problem, wenn er sich der Diskussion einfach verweigert.» Bührer habe «Schiss», weil dieser wisse, dass er «argumentativ gegen ihn nicht bestehen könne». Minder weiter: «Ich glaube gar, dass er zurückgetreten

ist, weil er nicht als Economiesuisse-Präsident in die Geschichte eingehen wollte, der bei der Abzocker-Initiative verloren hat.» Tatsächlich schiebt Gerold Bührer die Verantwortung auf den neuen Economiesuisse-Präsidenten Rudolf Wehrli (63). Er solle mit Minder debattieren. Der Abstimmungskampf sei jetzt seine Sache. Ein direktes Aufeinandertreffen mit Minder sei auch künftig ausgeschlossen. Trotzdem will

Bührer helfen, die Abzocker-Vorlage zu verhindern. Es sei möglich, dass er sich in Kolumnen zum Thema äussern werde, so Bührer. Im Moment läuft für Minder alles nach Plan. Am Freitag beschloss in Glarus die erste Kantonalpartei der SVP die Ja-Parole. Am 4. Dezember startet Economiesuisse ihre Kampagne. Der Wirtschaftsverband muss alle Kräfte mobilisieren, wenn er gewinnen will.

MARCEL ODERMATT

Bericht des Bundes widerspricht der CVP-Forderung AHV-Strafe gibt es nicht

Ehepaare haben tiefere AHV-Renten. Diese «Heiratsstrafe» will die CVP bodigen. Verheiratete seien aber gar nicht benachteiligt, sagt der Bund.

Am Montag reichte die CVP ihre Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» ein. Ein Kernpunkt der Vorlage: Verheiratete Paare sollen gleich viel aus dem AHV-Honigtopf erhalten wie Konkubinatspaare. Heute kriegen Letztere je die volle, Verheiratete zusammen nur die anderthalbfache Rente.

Ständeratskommission hatte sie abgelehnt. Einstimmig! Selbst CVP-Fraktionschef Urs Schwaller stimmte dagegen.

Diese Forderung hatte das Parlament vor bald fünf Jahren schon einmal beraten. Die zuständige

Die Kommission forderte aber einen Bericht. Dieser kam zum Schluss, das heutige System sei



CVP-Präsident Christophe Darbellay (l.) und Fraktionschef Urs Schwaller reichten am Montag ihre Familieninitiative ein.

fair. Eine Heiratsstrafe bei der AHV gebe es nicht. Wörtlich heisst es im Bericht: «Würde diese Massnahme isoliert umgesetzt, geriete die heutige Ausgewogenheit aus dem Gleichgewicht.» Denn: «Konkubinatspaare sind in der AHV in verschiedener Hinsicht schlechter gestellt.» Etwa bei Todesfällen des Partners.

SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr lehnt die CVP-Volksinitiative denn auch ab: «Wir brauchen nicht eine Besserstellung der Ehe, sondern eine Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften.» Sollte das Thema angepackt werden, so müsste man auch die Benachteiligungen von Konkubinatspaaren beheben.

Die zweite zentrale Forderung der CVP-Initiative, dass Ehepaare bei den Steuern nicht benachteiligt werden, ist weniger umstritten. Auch der Bundesrat will dies ändern. Heute bezahlen viele Ehepaare wegen der Progression höhere Steuern als vergleichbare Konkubinatspaare. Dies, weil die Einkommen der Verheirateten addiert werden.

NICO MENZATO

Schützen Sie sich und Ihre Umwelt vor Fluorkarbonen - mit Nikwax

Twin Pack Aktion jetzt im Sportfachhandel!

Zu gewinnen: 3 coole Bikes!

www.nikwax.com/switzerland

NIKWAX
EASIER | SAFER | DRIER

Mehr Informationen unter www.nikwax.com/de-de

Prof. sicher Bauernsterben ist eine Mär

Am 21. November wählen die Bauern ihren neuen Präsidenten. Favoriten sind die Nationalräte Andreas Aebi (SVP) und Markus Ritter (CVP). Was soll der höchste Bauer anpacken? Acht Thesen von Volkswirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger (51):

1 Die Landwirtschaft leistet wichtige Beiträge zur Landschaftspflege und Ernährung. Aber das würde sie auch tun, wenn die Märkte offen und die Subventionen kleiner wären. Dann würde gleich viel Land bewirtschaftet wie heute, allerdings durch grössere Betriebe und weniger intensiv.

2 Die Kosten der heutigen Landwirtschaftspolitik sind riesig. Allein der Bund zahlt 3,7 Milliarden. Die Marktabschottung hat hohe Lebensmittelpreise zur Folge. Sie erschwert es ausländischen Detailhändlern, in der Schweiz als Wettbewerber aufzutreten. Dies kostet den Konsumenten Milliarden.

3 Die Bauern werden arm gerechnet. Offiziell beträgt ihr mittleres Arbeitseinkommen nur 41 280 Franken. Das obere Viertel hat aber im Mittel 90 507; davon träumen die meisten Subventionszahler. Das untere Viertel hat angeblich nur 2229 Franken jährlich; das ist ziemlicher Unsinn.



Reiner Eichenberger ist Professor für Volkswirtschaft an der Universität Freiburg.

4 Das Bauernsterben ist eine Mär. In keiner anderen Branche treten mehr Kinder beruflich in die Stapfen ihrer Eltern. Betriebe verschwinden zumeist nicht aus Armut, sondern weil Leiter in Pension gehen, sie keine Nachfolger haben oder an andere Bauern verkaufen.

5 Es gilt, die Landwirtschaftspolitik neu auszurichten. Die Märkte sollten schnell geöffnet und die Direktzahlungen abgebaut werden.

6 Direktzahlungen sollte es nur für Leistungen geben, die ohne Subventionen nicht erbracht werden. Etwa Heuen an Steillagen. Auch viele andere Branchen erbringen wichtige öffentliche Leistungen, die nicht abgolt werden – eben weil sie auch ohne Subventionen erbracht werden.

7 Direktzahlungen braucht es noch für die Berglandwirtschaft und echte ökologische Zusatzleistungen.

Der Agrar-Gipfel

Wie viele Bauern braucht die Schweiz? Die Sendung «SonntagsBlick Standpunkte» mit der Bauern-Diskussion, heute um 13.10 Uhr, SF 1, und 18.25 Uhr, SF info. Mit dabei die beiden Favoriten fürs Präsidium des Bauernverbandes, Andreas Aebi und Markus Ritter, sowie die Wirtschaftsexperten Reiner Eichenberger und Priska Bauer.

Standpunkte

AUFGEZEICHNET: NICO MENZATO